ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang; Meister, Wolfgang

Article

Einkommensentwicklung in Ostdeutschland

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang; Meister, Wolfgang (2001) : Einkommensentwicklung in Ostdeutschland, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 24, pp. 60-62

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/163728

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Einkommensentwicklung in Ostdeutschland

Wolfgang Meister und Wolfgang Nierhaus

Für die Bürger in den neuen Bundesländern zeigt sich der Erfolg der Wiedervereinigung in hohem Maße in der Angleichung der Lebensverhältnisse mit den Einwohnern des früheren Bundesgebietes. Ein zentraler Indikator ist in diesem Zusammenhang die Veränderung der primären bzw. sekundären Einkommensverteilung.[1] Vor kurzem hat nun der *Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder* detaillierte Angaben zur Einkommensentwicklung nach Bundesländern vorgelegt.[2] Einige Hauptergebnisse dieser Regionalstatistik, die zudem den Erfordernissen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG'95) genügt, werden hier für den Zeitraum 1991 bis 1999 vorgestellt. Zusätzlich wird auf die Entwicklung der Realeinkommen in Ostdeutschland im zeitlichen wie auch im regionalen Vergleich eingegangen.

Die Ausgangslage beim Start in die Währungsunion

Im Jahr 1989 betrug das verfügbare Einkommen je Einwohner in der DDR (umgerechnet auf DM) ca. 9 700 DM, während es sich im damaligen Bundesgebiet auf 22 300 DM belief, die Ost-West-Relation der Einkommen betrug also 43½%. Zugleich verdienten Arbeitnehmer in der Industrie der DDR brutto im Monat durchschnittlich 1 322 (DDR-)Mark, während in Westdeutschland durchschnittlich je Arbeiter brutto 3 328 DM, je Angestellten brutto 4 190 DM monatlich gezahlt wurden. Wegen der höheren Steuer- und Sozialabgabenbelastung in der damaligen Bundesrepublik und der unterschiedlichen Erwerbsstruktur (deutlich höhere Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland) war das Verhältnis der tatsächlich verfügbaren Nettoarbeitseinkommen für die DDR-Bürger allerdings günstiger als bei den genannten Bruttogrößen.

Mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zur Jahresmitte 1990 stiegen die Löhne in der DDR-Wirtschaft rasant an, z.B. in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) bis Oktober 1990 um nicht weniger als 15,5%. Die Übertragung des westdeutschen Sozialsystems führte gleichzeitig zu enormen Zuwachsraten bei den Transferbezügen. So wurde die *Eckrente* (monatlicher Bezug eines Rentners nach 45 Versicherungsjahren mit Durchschnittsverdienst) auf 672 DM festgesetzt, nachdem sie im Monat zuvor noch – je nach Rentenbeginn – bei 470 bis 602 DDR-Mark lag. Die Ost-West-Relation der Alterseinkünfte betrug im Juli 1990 bereits 40,3%, zuvor hatte sie zwischen 29,1% und 37,3% gelegen.

Entwicklung der Primäreinkommen

Im Zuge der von den (westdeutschen) Gewerkschaften propagierten »Tarifunion mit Westdeutschland« expandierten die Arbeitseinkommen der ostdeutschen Arbeitnehmer zunächst weiter zügig. Innerhalb von nur zwei Jahren stieg das in den neuen Bundesländern[3] ansässigen Arbeitnehmern bezahlte Durchschnittsentgelt (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) von 26 400 DM auf knapp 40 000 DM. Die Ost-West-Relation der Entgelte je Arbeitnehmer erhöhte sich von 50,4% im Jahr 1991 auf 69,6% im Jahr 1993. Zwar verlangsamte sich der Anpassungsprozess danach deutlich, doch war das Verhältnis bis 1995 schon auf rund drei Viertel gestiegen. Seither wurde kaum noch aufgeholt, weil die Arbeitsmarktsituation keine nennenswert über den westdeutschen Tarifvereinbarungen liegenden Abschlüsse mehr zuließ.[4]

Die übrigen am Markt erzielten Primäreinkommen der privaten Haushalte[5] setzen sich zusammen aus den Betriebsüberschüssen, den Selbständigeneinkommen und dem Saldo der Vermögenseinkommen. Zusammengenommen hatten diese Einkommen im Jahr 1999 in den neuen Bundesländern einen Anteil an den gesamten Primäreinkommen von 20,2% (westdeutsche Bundesländer und Berlin: 30,1%). Sie sind zwar damit merklich weniger gewichtig als die Arbeitnehmerentgelte, haben aber im Laufe des vergangenen Jahrzehnts an Bedeutung gewonnen (Anteil 1991: 13,9% bzw. 27,7%). Immerhin waren die Selbständigen- und Vermögenseinkommen (einschließlich der Betriebsüberschüsse) je Einwohner gerechnet im Jahr 1999 in Ostdeutschland nahezu halb so groß wie in Westdeutschland, 1991 war es noch nicht einmal ein Viertel gewesen. Das geringere Gewicht dieser Einkommenskategorie in den neuen Bundesländern rührt zum einen daher, dass es dort – relativ gesehen – weniger Selbständige gibt. Zum anderen sind wegen der im Schnitt beträchtlich geringeren Vermö-

[1] Mit den Begriffen *primäre* bzw. *sekundäre* Einkommensverteilung wird auf die Unterscheidung zwischen der Einkommensverteilung vor bzw. nach der Umlenkung über die öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherung) abgestellt.

[2] Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2001). Für die Einkommensgrößen wurden Ergebnisse bis 1999 vorgelegt; der Berechnungsstand des Statistischen Bundesamts für diese Daten ist September 2000.

[3] Innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wird Berlin nicht mehr in einen West- und einen Ostteil aufgeteilt, deshalb werden hier Daten für die neuen Flächenländer jeweils mit Daten für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin verglichen.

[4] Zwar gab es auch in den vergangenen Jahren in vielen Branchen weitere Anpassungen der tariflichen Löhne und Gehälter Richtung 100% des Westniveaus – Ende 2000 lag bei den Grundentgelten der Wert im Durchschnitt bei 91%. Die Relation ist de facto aber niedriger. Das liegt z.B. daran, dass in Ostdeutschland bei tarifgebundenen Arbeitsverhältnissen die Tariflöhne in der Regel den Effektivlöhnen entsprechen dürften, während in Westdeutschland häufig übertariflich entlohnt wird. Hinzu kommt, dass eine formale Tarifbindung in den neuen Bundesländern nach einer Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nur für 26% der Betriebe (mit 58% aller Beschäftigten) besteht. Nichttarifgebundene Arbeitgeber können mit ihren Beschäftigten Löhne und Gehälter vereinbaren, die von den entsprechenden Tarifvereinbarungen nach unten abweichen. Schließlich sind die Arbeitszeiten im Westen in vielen Branchen kürzer und Leistungen wie Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld höher als in den neuen Bundesländern.

[5] Wie in der Abgrenzung der Sektoren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören zu den privaten Haushalten hier die Organisationen ohne Erwerbszweck (z.B. Gewerkschaften, religiöse Vereinigungen).

Tab. 1

Primäreinkommen der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern je Einwohner

Früheres Bundesgebiet mit Berlin = 100

Jahr	Branden-burg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer
1991	48,9	43,6	43,5	42,4	44,4	44,4
1992	56,9	50,6	49,6	49,6	50,6	51,2
1993	62,9	57,2	55,7	56,0	56,9	57,4
1994	68,2	62,5	61,0	60,7	62,2	62,6
1995	72,1	67,0	66,0	64,8	65,8	66,9
1996	72,9	68,0	67,1	65,4	66,9	67,9
1997	72,5	67,4	66,6	64,7	66,8	67,4
1998	71,8	66,6	66,0	64,2	67,2	67,0
1999	71,0	66,6	66,3	64,0	68,0	67,1

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

gen – im Jahr 1993 betrug das Nettogeldvermögen je Haushalt in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 21 256 DM, im Westen waren es mit 61 119 DM nahezu dreimal so viel; bis zum Jahr 1998 war es auf 29 622 DM bzw. 68 611 DM gestiegen[6] – folglich auch Zins-, Dividenden- and ähnliche Einkommen spürbar niedriger.

Zusammengenommen erzielten die Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern im Jahr 1991 durchschnittlich nur knapp 45% der Primäreinkommen im Vergleich zum Westen Deutschlands. Nach vier Jahren mit sehr kräftigen Einkommenszuwächsen betrug das Verhältnis 1995 schon 70%. Seither gab es wegen der Stockung des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses kein weiteres Aufholen mehr. Da der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Osten niedriger als im Westen ist, fällt das Ergebnis je Einwohner gerechnet etwas ungünstiger aus; im Jahr 1999 wurde erst ein Niveau von gut 67% des Wertes im früheren Bundesgebiet erreicht. Auch bei dieser Betrachtung zeigt sich seit 1995 kaum noch Bewegung (vgl. Tab. 1).

Einkommensumverteilung durch den Staat

Die den privaten Haushalten letztendlich tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen ergeben sich nach Umverteilung der Primäreinkommen durch die öffentliche Hand. So sind von den Markteinkommen Steuern und Sozialbeiträge zu entrichten, andererseits zahlt der Staat und in geringem Maße auch Unternehmen und Ausland Transfers – von diesen Sozialleistungen sind zum Teil allerdings auch wieder Sozialbeiträge und Steuern zu entrichten. Bei diesen Transaktionen verschieben sich die Einkommensrelationen kräftig zugunsten der neuen Bundesländer. Hier spielt zunächst eine gewichtige Rolle, dass die Belastung mit Einkommen- und Vermögensteuern sehr unterschiedlich ist: Von 100 DM Bruttoeinkommen mussten in den neuen Bundesländern 1999 im Durchschnitt nur 8,77 DM an Steuern entrichtet werden gegenüber 14,49 DM im früheren Bundesgebiet (mit Berlin).

Außerdem erhielt die ostdeutsche Bevölkerung – je Einwohner gerechnet – mehr an Transferzahlungen als die westdeutsche, denn von 1991 bis 1999 war zwar der Anteil an der gesamtdeutschen Einwohnerzahl von 18,3% auf 17% gesunken, gleichzeitig war jener an den monetären Sozialleistungen von 17,6% auf 20,1% gestiegen. In dieser Einkommenskategorie konnte der Ostteil – bezogen auf die Einnahmen je Einwohner – bereits 1992 den Westen überholen (vgl. Tab. 2). Zu diesem Ergebnis trug die rasche Einführung vieler Sozialleistungen nach westdeutschem Vorbild wie die dynamische Altersrente, Arbeitslosen- und Wohngeld, Ausbildungsförderung und Sozialhilfe und die hohe Inanspruchnahme bei.

Allerdings handelt es sich bei den monetären Sozialleistungen nicht um eine Nettoeinkommensgröße. Vielmehr sind darin noch Beträge enthalten, die als *Sozialbeiträge des Staates* für Empfänger sozialer Leistungen bzw. als Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen an die Sozialversicherungen abgeführt werden müssen, hinzu kommen die *Lohnsteuern auf Pensionen*. Bei den Eigenbeiträgen der Transferempfänger handelt es sich im Wesentlichen um Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge aus Renteneinkünften. Die Belastung der einzelnen Transferarten mit Pflichtbeiträgen ist sehr unterschiedlich, so gehen beim Arbeitslosengeld ca. 41% der Bruttogröße an die Sozialversicherungsträger und bei der Arbeitslosenhilfe rund 30%, während es bei den Renten etwa 14% (davon ist jeweils die Hälf-

[6] Vgl. Münnich (2001). Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr pro Monat wurden nicht berücksichtigt.

Tab. 2

Monetäre Sozialleistungen an private Haushalte in den neuen Bundesländern je Einwohner

Früheres Bundesgebiet mit Berlin = 100

Jahr	Branden-burg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer
1991	90,2	88,9	98,5	96,4	97,2	95,2
1992	99,2	100,8	108,1	104,4	106,7	104,6
1993	105,6	107,6	118,2	112,9	112,8	112,6
1994	102,8	105,3	114,5	112,0	108,3	109,6
1995	105,7	105,7	117,3	114,8	110,7	112,1
1996	108,7	108,5	119,5	117,9	114,3	114,9
1997	113,5	113,0	124,9	123,9	119,3	120,1
1998	114,7	114,2	126,0	125,7	119,9	121,3
1999	116,6	116,3	127,4	128,1	120,3	122,8

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

te von der Rentenversicherung und von den Rentnern zu tragen) sind. Da die mit Abzügen höher belasteten Sozialleistungen Arbeitslosengeld und -hilfe im Osten wegen der hier besonders schlechten Arbeitsmarktsituation viel mehr zu den gesamten Transfers beitragen als im Westen, muss damit gerechnet werden, dass die Abzüge für Sozialversicherungsbeiträge im Durchschnitt auch beträchtlich höher sind.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte insgesamt

Die tatsächlich verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ergeben sich schließlich aus den gesamten Bruttoeinkommen (Primäreinkommen) zuzüglich der empfangenen monetären Sozialleistungen abzüglich der geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern und der gezahlten Sozialbeiträge. Schließlich werden noch die per Saldo empfangenen sonstigen laufenden Transfers addiert. Hierzu zählen etwa die an Schadenversicherungen geleisteten Nettoprämien (abzüglich Schadenversicherungsleistungen), Geldstrafen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren sowie die Transfers des Staates an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Insgesamt zeigt sich, dass 1999 das verfügbare Einkommen pro Einwohner in den neuen Bundesländern mit 25 553 DM rund 82½% des Wertes im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin erreicht hat (1991: 57,0%). Pro Jahr stiegen die verfügbaren Einkommen je Einwohner im Zeitraum 1991 bis 1999 um durchschnittlich 7,2% (Westdeutschland: 2,3%). In absoluten DM-Beträgen gerechnet halbierte sich die Differenz der Pro-Kopf-Einkommen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern seit 1991 von reichlich 11 000 DM auf knapp 5 500 DM im Jahr 1999 (vgl. Tab. 3).

Tab. 3

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte nach Bundesländern

DM je Einwohner

Jahr	Branden-burg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer	Früheres Bundesgebiet mit Berlin
1991	15493	14071	14681	14305	14792	14690	25764
1992	18092	16466	16950	16647	16900	17021	26991
1993	20247	18818	19281	19029	19286	19344	27395
1994	21722	20244	20776	20522	20651	20804	27804
1995	22853	21730	22545	22229	22224	22377	28413
1996	24217	22906	23867	23303	23423	23619	28895
1997	24672	23409	24368	23753	23970	24111	29449
1998	25116	23876	24935	24274	24727	24669	30290
1999	25855	24682	25883	25149	25709	25553	31007

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 4

Real verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[1] nach Bundesländern

je Einwohner; 1991 = 100

Jahr	Branden-burg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Neue Bundesländer	Früheres Bundesgebiet mit Berlin
1991	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1992	103,7	103,9	102,5	103,3	101,5	102,9	101,5
1993	105,4	107,9	106,0	107,3	105,2	106,2	100,0
1994	109,4	112,3	110,4	112,0	109,0	110,5	99,1
1995	112,7	118,0	117,3	118,7	114,8	116,4	99,4
1996	116,9	121,7	121,5	121,8	118,4	120,2	99,5
1997	116,4	121,5	121,3	121,3	118,4	119,9	99,5
1998	117,0	122,5	122,6	122,5	120,7	121,2	101,3
1999	120,4	126,5	127,2	126,8	125,4	125,5	103,3

1) Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Konsums auf der Basis 1995=100

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Preis- und kaufkraftbereinigte Ergebnisse

Alles in allem hat sich also die Einkommenssituation der ostdeutschen Bevölkerung in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung erheblich verbessert. Im Zeitraum 1991 bis 1999 haben sich die verfügbaren Einkommen je Einwohner in Ostdeutschland – trotz des deutlichen Anstiegs der Zahl von Erwerbslosen – insgesamt um 75% erhöht; real, d.h. unter Berücksichtigung der im Osten in den betreffenden acht Jahren aufgelaufenen Preissteigerung in Höhe von 38,6%, verblieb ein beachtliches Plus von 25,5%.[7] In den alten Bundesländern hingegen stiegen die nominal verfügbaren Einkommen je Einwohner im gleichen Zeitraum nur um 20½%, nach Abzug der Inflation (16,5%) haben sie real mit einer Rate von 3,3% kaum zugenommen (vgl. Tab. 4).

Trotz des durchschnittlich höheren Preisanstiegs in den neuen Bundesländern blieb das *Verbraucherpreisniveau* insbesondere wegen der hier nach wie vor geringeren Mietzahlungen niedriger als im Westen.[8] Umfassende amtliche Angaben für den zwischenörtlichen Preisvergleich in Deutschland gibt es allerdings nur für das Stichjahr 1993. In Ergänzung zur amtlichen Statistik hat das ifo Institut deshalb Angaben zum regionalen Kaufkraftgefälle[9] der D-Mark zwischen West- und Ostdeutschland von 1991 an ermittelt. Im Jahr 1999 war die Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland um 8,7% *höher* als in den alten Bundesländern, was die Einkommensrelationen dieses Jahres in entsprechendem Ausmaß anhebt. Das um Kaufkraftunterschiede korrigierte Verhältnis der verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen in Ostdeutschland lag 1999 demzufolge überschlägig bei 90% des westdeutschen Werts, verglichen mit 75% im Jahr 1991.

Literatur

Münnich, M. (2001), »Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2«, *Wirtschaft und Statistik* (2), 121–134.
Nierhaus, W. (1997), »Wie stark ist die D-Mark in Sachsen? – Ein Kaufkraftvergleich mit Westdeutschland«, *ifo Dresden berichtet* 4 (2), 10–15.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2001), *Verwendung des Bruttoinlandsprodukts, Einkommen der privaten Haushalte in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2000 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995.*

[7] Die Verbraucherpreisentwicklung wird hier am Preisindex des privaten Konsums gemessen.

[8] Die regionale Preisdifferenzierung geht hauptsächlich auf die massive staatliche Einflussnahme auf die Preisgestaltung in der ehemaligen DDR zurück. Güter des täglichen Bedarfs (insbesondere Grundnahrungsmittel) und viele Dienstleistungen (öffentlicher Personennah- und -fernverkehr, Energie, Wohnungsmieten) waren heruntersubventioniert, höherwertige Ge- und Verbrauchsgüter waren dagegen durch produktbezogene Abgaben verteuert. Mit Einführung der D-Mark im Juli 1990 wurden die Preise für Grundnahrungsmittel kräftig erhöht, gleichzeitig wurden die Preise der meisten Gebrauchsgüter massiv gesenkt. Unverändert blieben lediglich die günstigen Wohnungsmieten sowie die niedrigen Energie-, Verkehrs- und Posttarife, die erst in den Folgejahren gestaffelt angehoben wurden.

[9] Erforderlicher Zuschlag in % auf Geldbeträge in Ostdeutschland zum Ausgleich von Kaufkraftverlusten, die bei einer hypothetischen Einkommensverwendung in Westdeutschland entstehen würden. Zur Methodik im Detail siehe Nierhaus (1997).